



**Beschluss
der Landesregierung**

**Deliberazione
della Giunta Provinciale**

Nr. 379
Sitzung vom 11/03/2013
Seduta del

Betreff:

Genehmigung der Anwendungsrichtlinien -
L.G. Nr. 4/12

Oggetto:

Approvazione criteri di attuazione - L.P. n.
4/12

Es wird folgendes vorausgeschickt:

Das Landesgesetz vom 19. Jänner 2012, Nr. 4, fördert mit geeigneten Instrumenten zur Unterstützung die Wachstums- und Angliederungsprozesse der Garantie-genossenschaften und -konsortien, im folgenden Confidi genannt, welche ihren Sitz und ihre vorwiegende Tätigkeit in Südtirol haben und von der Autonomen Provinz gemäß den geltenden Gesetzesbestimmungen anerkannt sind. Nach Abschluss der Wachstums- und Angliederungsprozesse der Garantie-genossenschaften und -konsortien Fidi verfolgt die Provinz das Ziel der Bildung einer einzigen Garantiegenossenschaft für Südtirol.

Im Laufe des Jahres 2012 wurden konkrete Schritte zur Realisierung des Zieles des Zusammenschlusses der Confidi gesetzt, welche durch die Fusion von Artisanfidi, Fidimpresa und Terfidi in Garfidi und von Socialfidi mit Confidi Südtirol von fünf auf zwei gesunken sind.

Mit Beschluss vom 23 Januar 2012 Nr. 83 hat die Landesregierung die Satzung und den Gründungsakt der Confidi Südtirol Genossenschaft genehmigt.

Mit Beschluss vom 25 Juni 2012, Nr 971 hat die Landesregierung die Satzung und den Gründungsakt der Garfidi Genossenschaft genehmigt.

Artikel 9 des Landesgesetzes vom 19. Jänner 2012, Nr. 4, sieht vor, dass die Anwendungsrichtlinien und Modalitäten für die Gewährung der vom Gesetz vorgesehenen Förderungen einschließlich der Modalitäten der Rechnungslegung von der Landesregierung festgelegt werden.

In zahlreichen Treffen der Vertreter der Confidi mit den Vertretern der zuständigen Assessorate wurden die Anforderungen der Confidi angehört.

Dies alles vorausgeschickt,

BESCHLIESST

die Landesregierung auf Vorschlag der Berichterstatter, mit nach den Gesetzesbestimmungen ermittelter Einstimmigkeit

Si premette quanto segue:

La Legge provinciale 19 gennaio 2012, n.4 promuove con adeguati strumenti di sostegno i processi di crescita e di aggregazione delle cooperative e dei consorzi di garanzia fidi, di seguito denominati confidi, aventi sede ed operatività prevalente nel territorio provinciale e riconosciuti dalla Provincia ai sensi della legislazione vigente. A compimento dei processi di crescita e di aggregazione delle cooperative e dei consorzi di garanzia fidi, la Provincia persegue l'obiettivo della creazione di un'unica Cooperativa di garanzia fidi sul territorio provinciale.

Nel corso dell'anno 2012 sono stati realizzati passi concreti per realizzare la finalità della concentrazione dei confidi che passati da 5 a 2 mediante la fusione di Artisanfidi, Fidimpresa e Terfidi in Garfidi e di Socialfidi con Confidi Alto-Adige.

Con deliberazione del 23 gennaio 2012, n. 83 la Giunta provinciale ha approvato lo statuto e l'atto costitutivo di Confidi Alto Adige Scari.

Con deliberazione del 25 giugno 2012, n. 971 la Giunta provinciale ha approvato lo statuto e l'atto costitutivo di Garfidi Scari.

L'articolo 9 della legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4 prevede che i criteri e le modalità per la concessione dei contributi previsti dalla legge, comprese le modalità di rendicontazione sono determinati dalla Giunta provinciale.

Nel corso di numerosi incontri fra i rappresentanti dei confidi e i rappresentanti degli Assessorati competenti sono stati ascoltate le richieste dei confidi

Tutto ciò premesso,

la Giunta Provinciale, su proposta dei relatori, a voti unanimi espressi nei modi di legge

DELIBERA

1) die Anwendungsrichtlinien zum Landesgesetz vom 19 Jänner 2012, Nr. 4, welche einen integrierenden Bestandteil des vorliegenden Beschlusses darstellen, zu genehmigen.

Der vorliegende Beschluss wird im Amtsblatt der Autonomen Region Trentino – Südtirol veröffentlicht.

FS/MBR

DER LANDESHAUPTMANN

DER GENERALSEKRETÄR DER L.R.

1) di approvare i criteri di attuazione della Legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4 che costituiscono parte integrante della presente delibera.

La presente deliberazione viene pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione Autonoma Trentino – Alto Adige.

IL PRESIDENTE DELLA PROVINCIA

IL SEGRETARIO GENERALE DELLA G.P.

Kriterien für die Durchführung des Landesgesetzes vom 19. Januar 2012 Nr. 4 „Garantiegenossenschaften und Zugang zu einem Kredit von Seiten der kleinen und mittleren Unternehmen ”

1. Voraussetzungen der Garantiegenossenschaften, um in den Genuss der im Landesgesetz vom 19. Januar 2012, Nr. 4, vorgesehenen Förderungen zu kommen

Um in den Genuss der Förderungen zu kommen, müssen die Garantiegenossenschaften die in Art. 2 Absatz (a) des Landesgesetzes vom 19. Januar 2012, Nr. 4, genannten Voraussetzungen erfüllen. Im Einzelnen:

1. ihr Vermögen muss zusammen mit den Risikofonds mindestens 1,5 Millionen Euro betragen;
2. das Verhältnis zwischen der Summe aus Vermögen und Risikofonds (abzüglich notleidender Engagements) und den bestehenden Garantien (ohne notleidende Engagements) muss mindestens 10% betragen;
3. der von ihnen angewandte Prozess der Bewertung und des Managements des Garantierisikos muss den Best Practices der gesamtstaatlichen Garantiegenossenschaften entsprechen.

Die unter Punkt 1 und 2 genannten Voraussetzungen sind anhand der Bilanz am Abschlusstag des vorherigen Geschäftsjahres festzustellen.

Die unter Punkt 1 und 2 genannten Voraussetzungen gelten nicht für die in Artikel 4 Absatz 4 des Landesgesetzes vom 19. Januar 2012, Nr. 4, bezeichneten Unternehmen.

2. Von den Garantienehmern zu erfüllende Voraussetzungen

Um in den Genuss der aus Mitteln der Risikofonds bereitgestellten Garantien zu kommen, müssen die Antragsteller am Tag der Beantragung der Garantie bei den Garantiegenossenschaften folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. sie müssen im Handelsregister der regional zuständigen Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer eingetragen sein; dies gilt nicht für Freiberufler, die Mitglieder der Garantiegemeinschaften sind;
2. sie müssen ein KMU nach den Größenkriterien der Europäischen Union sein;
3. sie müssen ihre Rechte voll und frei ausüben können und dürfen sich nicht in Auflösung oder Liquidation befinden; ebenso wenig darf über sie ein Konkursverfahren, ein Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses, ein verwaltungsbehördliches oder freiwilliges Liquidationsverfahren laufen oder eine Geschäftsaufsicht oder außerordentliche Zwangsverwaltung angeordnet sein, mit Ausnahme jener Verfahren, die eine Fortführung der Tätigkeit gewährleisten;

4. es darf sich nicht um ein Unternehmen in Schwierigkeiten nach Art. 1 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 800/2008, in geltender Fassung, handeln;
5. es darf sich nicht um ein Unternehmen handeln, das von der Europäischen Kommission als illegal oder unvereinbar bezeichnete Beihilfen erhalten und später nicht zurückgezahlt bzw. nicht auf einem Sperrkonto hinterlegt hat.

3. Ordentliche Beihilfen für die Aufstockung des Risikofonds und für die Vermögensstärkung

Die Auszahlung der Beihilfen erfolgt nach Art. 4 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 19. Januar 2012, Nr. 4. Die Beihilfen werden von den Garantiegenossenschaften zur Aufstockung der Risikofonds verwendet, die im Hinblick auf die geleisteten Garantien gebildet wurden, um ein betriebliches Gleichgewicht zu gewährleisten, das durch die Einhaltung zweier wesentlicher Vorgaben gekennzeichnet ist:

1. die Ausstattung der Risikofonds muss den Forderungsausfällen angemessen sein, die aus dem jeweiligen Garantiestand zu erwarten sind;
2. die Vermögensausstattung muss der Deckung der unerwarteten Verluste aus dem Garantiestand angemessen sein.

Die den Garantiegenossenschaften jährlich gewährten und zur Aufstockung der Risikofonds bestimmten Beihilfen werden als Summe zweier Komponenten ermittelt:

1. Die erste, zur Aufstockung des Risikofonds bestimmte Komponente wird anhand der Garantien ermittelt, die von der Garantiegenossenschaft im Referenzjahr geleistet wurden; es gelten die in Anlage 3.1 genannten Kriterien für die jeweilige zugrunde liegende Art der Finanzierung. Unter geleisteten Garantien ist der Wert der im Referenzjahr abgeschlossenen Garantievorgänge einschließlich der Verlängerung von Garantien für kurzfristige Finanzierungen nach Abzug von 75% der im Geschäftsjahr eingetretenen Verringerungen der Garantien zu verstehen. Für die Ermittlung dieses Wertes wird der Anfangsbetrag der der Garantie zugrunde liegenden Finanzierung herangezogen.
2. Die zweite, zur Stärkung des Vermögens bestimmte Komponente wird nach dem in Anlage 3.2 genannten Berechnungsverfahren anhand des im Referenzjahr eingetretenen Zuwachses des Gesellschaftskapitals ermittelt.

In jedem Fall werden die Beihilfen im Rahmen der Mittel des entsprechenden Kapitels des Landeshaushalts gewährt. Um den Garantiegenossenschaften die Entwicklung der Garantieleistungen im Laufe des Jahres zu ermöglichen, werden ihnen die Beihilfen vom Land in zwei Raten pro Geschäftsjahr ausgezahlt, nämlich:

1. Im ersten Halbjahr erfolgende Abschlagszahlung für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 60% der im Vorjahr gewährten Beihilfen. Im ersten Jahr der Anwendung der hier genannten Kriterien wird die Abschlagszahlung anhand einer von den Garantiegenossenschaften aufgestellten Annahme der im laufenden Jahr geleisteten Garantien ermittelt.

2. Im ersten Halbjahr des Folgejahres erfolgende Ausgleichszahlung für das Vorjahr; sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den für die Garantiegeschäfte des Vorjahres zu gewährenden Beihilfen und den geleisteten Abschlagszahlungen.

Die Anträge auf Beihilfe sind bis spätestens 30. Juni eines jeden Jahres beim zuständigen Landesamt einzureichen. Den Anträgen sind folgende Unterlagen beizufügen:

a) Jahresabschluss der Garantiegenossenschaft für das am 31. Dezember des Vorjahres geendete Geschäftsjahr;

b) vom gesetzlichen Vertreter der Garantiegenossenschaft unterzeichnete Erklärung, aus der hervorgeht:

- erstelltes Verzeichnis der im Vorjahr geleisteten Garantien und Bestand der Garantien am Ende des Geschäftsjahres;
- der Gesamtbetrag der Anteile am Gesellschaftskapital, die von den Mitgliedern gezeichnet und am Ende des Vorjahres eingezahlt wurden, sowie Betrag der im Vorjahr gezeichneten und eingezahlten neuen Anteile;
- Betrag der in Anspruch genommenen, notleidenden, problembehafteten oder in Umschuldung befindlichen Garantien;
- Mitgliederzugang/-abgang im Vorjahr.

Der Risikofonds kann durch andere ergebniswirksam verbuchte Rückstellungen der Garantiegenossenschaft aufgestockt werden.

Das Land kann Beihilfen zum Risikofonds nach Artikel 4 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 19. Januar 2012, Nr. 4, nur dann auszahlen, wenn das Verhältnis zwischen geleisteten Garantien und Eigenkapital größer als 4 ist. Bei Garantiegenossenschaften, die einen Prozess der Umwandlung in im speziellen Verzeichnis eingeschriebene finanzielle Intermediäre nach Art. 107 des Legislativdekretes vom 1. September 1993, Nr. 385, (nach Bankwesengesetz TUB) eingeleitet haben, kann eine Beihilfe auch dann gewährt werden, wenn das Verhältnis kleiner als 4, jedoch größer als 3 ist.

4. Bestimmungen betreffend das Risiko der Garantieleistung

Ausgehend von der Risikobewertung nach der angewandten Methode können die Garantiegenossenschaften die durch die Beihilfen aufgestockten Risikofonds für die Leistungen von Garantien und Co-Garantien für Kredite verwenden, die ihren Mitgliedern von vertragsgebundenen Kreditinstituten gewährt wurden.

Der Prozentsatz des von der Garantiegenossenschaft zu tragenden Risikos darf 50% des Betrages der der Garantie zugrunde liegenden Finanzierung nicht überschreiten. Abweichend hiervon kann dieser Prozentsatz bis auf maximal 80% des Betrages der zugrunde liegenden Finanzierung angehoben werden, sofern diese Finanzierung vom zentralen Garantiefonds, von anderen regionalen Garantiefonds und/oder von anderen Garantiegenossenschaften im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Mittel gegen- oder co-garantiert sind. Der Verwaltungsrat der

Garantiegenossenschaft ist befugt, die Überschreitung des Limits von 50% bis zu einem maximalen Satz von 80% zu autorisieren, innerhalb einem maximalen Plafond von 20% der im vorhergehenden Finanzjahr gewährten Garantien für Operationen gemäß den Buchstaben A und B der Tabelle im Anhang 3.1.

Der über den Grenzwert von 50% hinausgehende Teil der Garantien muss, für jeden Vorgang getrennt, in den Erläuterungen zum Jahresabschluss angegeben werden.

Die Garantiegenossenschaften sind verpflichtet, ein internes Reglement aufzustellen, das die Obergrenzen der Risikokonzentration, bezogen auf Einzelunternehmen regelt.

5. Beihilfen zur Verbesserung der Organisations- und Informationssysteme und für Beratungen

Den in Südtirol tätigen Garantiegenossenschaften können für folgende Ausgabenposten De-minimis-Beihilfen bis zu maximal 60% gewährt werden:

1. Investitionen für den Kauf neuer Hardware- und Software-Plattformen für die Verwaltung der Garantien, die den Best Practices auf gesamtstaatlicher Ebene entsprechen;
2. Kosten für die Beratung in Fragen der Organisationsverbesserung.

Von der Finanzierung ausgeschlossen sind Kosten für die Beratung betreffend der normalen Geschäftstätigkeit.

Der Antrag muss dem zuständigen Amt vor der Ausstellung des Spesenbelegs vorgelegt werden, mit Ausnahme für das erste Betriebsjahr.

6. Sonderzuschüsse

6.1 Im Falle außergewöhnlicher Krisensituationen, die ein starkes Ungleichgewicht zwischen den Verbindlichkeiten aus geleisteten Garantien und der Vermögenslage und Ausstattung der Risikofonds bewirken, kann das Land mit Beschluss der Landesregierung Sonderzuschüsse zur Kapitalaufstockung der Garantiegenossenschaft nach Art. 4 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 19. Januar 2012, Nr. 4, gewähren. Die Gewährung solcher Sonderzuschüsse setzt voraus, dass die begünstigte Garantiegenossenschaft einen Finanz- und Reorganisationsplan vorlegt und dieser vom Land genehmigt wird. Die als Sonderzuschüsse ausgezahlten Mittel sind in der Bilanz in einem separaten Fonds auszuweisen.

In diesen Fonds fließen auch die Landesmittel ein, die zur Deckung der Verluste aus Garantien bestimmt sind, welche aufgrund der Beschlüsse der Landesregierung mit der Bezeichnung „Maßnahmen gegen die Krise zugunsten der Garantiegenossenschaften“ (Beschlüsse der Landesregierung Nr. 882 vom 23.03.2009 und Nr. 1853 vom 13.07.2009) geleistet wurden. Wird die in Art. 8 des Landesgesetzes vom 19. Januar 2012, Nr. 4, vorgesehene Möglichkeit in Anspruch genommen, darf der Sonderzuschuss des Landes nicht mehr als 50% der am 31.12.2012 bestehenden Garantien zur Krisenbekämpfung nach Abzug der aufgrund

des Beschlusses vom 15 Juni 2009, Nr. 1643 bereits ausgezahlten Beihilfen betragen; der Sonderzuschuss kann bis zum 31.12.2013 ausgezahlt werden.

6.2 Das Land kann den Garantiegenossenschaften Fidi für spezifische von der Landesregierung beschlossene Initiativen zusätzliche Mittel zu den im Artikel 3 vorgesehenen ordentlichen Beihilfen zuweisen. Diese zusätzlichen Mittel können Fonds mit spezifischer Zweckbestimmung, "Cap-Fonds" oder „Fonds für getrennte Kredite (*tranché cover*)“, zur Bereitstellung von Garantien zugunsten der Banken für buchhalterisch getrennte Portfolios mit einer maximalen Obergrenze für den Gesamtverlust aus dem besicherten Portfolio, zugeführt werden. Die von den Garantiegenossenschaften insgesamt an die Banken gezahlten Beträge infolge der Inanspruchnahme der aus dem Cap-Fonds geleisteten Garantien dürfen die Obergrenze (Cap), nämlich den vertraglich festgesetzten Höchstbetrag des Verlusts, nicht überschreiten.

Die Garantiegenossenschaften müssen mit den Kreditinstituten entsprechende Konventionen oder spezifische Vereinbarungen schließen. Nach Unterzeichnung der Konvention oder spezifischen Vereinbarung binden die Garantiegenossenschaften die vereinbarten Beträge zugunsten der Vertragsbank bis zu dem vertraglich vereinbarten Cap und innerhalb der vereinbarten Zeiten und Modalitäten.

Für die unter diesem Absatz vorgesehenen Garantieleistungen kann man von den Risikolimits die im Artikel 4 angegeben sind, absehen.

7. Transparenz der für die Garantien geltenden Konditionen

Damit entsprechend den Vorschriften über die Transparenz der Bankgeschäfte und die korrekte Ermittlung des Beihilfe-Elements entsprechend den Regeln über staatliche Beihilfen der Nutzen aus Sicht des globalen Effektivsatzes für Kredite überwacht werden kann, der an die Mitgliedsunternehmen der Garantiegenossenschaften weitergegeben wird, sind die Garantiegenossenschaften verpflichtet, auf die geleisteten Garantien transparente Preiskonditionen anzuwenden, die ausschließlich folgende Elemente beinhalten können:

1. eine Garantiekommission, die einmalig im Voraus oder in regelmäßigen Abständen zu entrichten ist und die sich nach dem besicherten Anfangsbetrag, nach der Art, der Dauer und ggf. nach der Risikoklasse der Transaktion richtet;
2. eine Erstattung der Kosten der Antragsprüfung mit Anwendung von Unter- und Obergrenzen;
3. eine durch Zeichnung von Anteilen erfolgende Einzahlung auf das Gesellschaftskapital, die beim Rücktritt des Mitglieds zurückzuzahlen ist, sofern die Kapitalausstattung ausreichend und angemessen ist, um dem Rücktritt zuzustimmen.

Weitere Kostenelemente dürfen dem Mitgliedsunternehmen nicht berechnet werden.

ANLAGEN

ANLAGE 1: Maßgebliche Dokumente und Regelwerke

De-minimis-Verordnung der EU: Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf De-minimis-Beihilfen.

EU-Mitteilung Garantien: Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften (2008/C 155/02), ABI. 20.06.2008

ANLAGE 2: Gesamtstaatliche Methode der Berechnung des BSÄ bei geleisteten Garantien

Bei der Berechnung des BSÄ (Bruttosubventionsäquivalent) der von den Garantiegenossenschaften geleisteten Garantien werden die – je nach Maßnahmenbereich und Größe des Endbegünstigten unterschiedlichen – Kosten der Garantie, die administrativen Kosten für die Verwaltung der Garantie, die Verzinsung des eingesetzten Kapitals und die Risikofaktoren (Schätzung des erwarteten Verlusts) berücksichtigt, wobei nach Investitions- und Betriebsmittelkrediten unterschieden wird.

Das BSÄ wird berechnet als Differenz zwischen den theoretischen marktüblichen Kosten einer Garantie mit ähnlichen Merkmalen, die für einen Kredit an ein wirtschaftlich und finanziell gesundes KMU geleistet wurde, und den von der Garantiegenossenschaft als Kommission berechneten Kosten der Garantie. Die BSÄ-Berechnung erfolgt auf der Grundlage der von der EU-Kommission mit Entscheidung Nr. 4505 vom 6. Juli 2010 genehmigten "nationalen Methode", die auf der Grundlage der Leitlinien des Dekrets des Ministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung vom 28.10.2010 angewandt wird. Die Beihilfe wird als „De-Minimis-Beihilfe“ gewährt.

ANLAGE 3: Verfahren der Berechnung der ordentlichen Beihilfen zum Risikofonds

3.1 Deckungssätze und Sätze der Zuschüsse zum Risikofonds

Der Prozentsatz der Beihilfe, die den Garantiegenossenschaften als ordentlicher Zuschuss zu den Risikofonds zu gewähren ist, errechnet sich anhand des ausgezahlten Betrags der der Garantie zugrunde liegenden Finanzierung auf der Basis von prozentualen Koeffizienten, die sich durch Multiplikation einer "Standard-Deckungsquote" mit einer "Risikofonds-Quote" ergeben. Diese Parameter, die sich je nach Art der zugrunde liegenden Finanzierung unterscheiden, sind in nachstehender Tabelle aufgeführt.

Art der Finanzierung	Standard-Deckungsquote ⁽¹⁾	Maximale Risikofondsquote
A.1) Ordentliche Finanzierungen A.2) Umschuldung	50%	20%
B) Finanzierungen zur Konsolidierung bisheriger kurzfristiger oder fälliger Engagements gegenüber der finanzierenden Bank	30%	20%
C) Andere Finanzierungen mit spezifischer Bestimmung laut Artikel 6,2 werden mit Confidi verhandelt	-	-

Anmerkungen:

(1) In jedem Fall darf die zur Berechnung der Beihilfe angewandte Deckungsquote die durchschnittliche gewichtete Deckungsquote nicht überschreiten, die von der Garantiegenossenschaft für die Gewährung von Finanzierungen jeder Art angewandt wird. Diese durchschnittliche gewichtete Deckungsquote wird ermittelt als Verhältnis zwischen den besicherten Beträgen insgesamt und den in der Referenzperiode im Rahmen jeder Finanzierungsart ausgezahlten Beträgen.

3.2 – Kriterien für die Ermittlung der Beihilfen zur Stärkung des Vermögens

Die Beihilfe zur Stärkung des Vermögens wird als Summe zweier Komponenten ermittelt, nämlich:

1. einer ersten Komponente, die der im Jahr eingezahlten Mitgliedsbeiträgen, abzüglich 75% der an ausgetretene Mitglieder zurückbezahlten Beiträge entspricht;
2. einer zweiten Komponente, die der Einheitsprämie von 400 Euro, multipliziert mit der Zahl der im Referenzjahr aufgenommenen neuen Mitglieder nach Abzug vom 75% der Rücktritte entspricht.

Criteria di applicazione della Legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4 "Cooperative di garanzia fidi e accesso al credito delle piccole e medie imprese"

1. Requisiti delle cooperative di garanzia per accedere ai contributi previsti dalla Legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4.

Sono ammessi a beneficiare dei contributi le cooperative di garanzia che possiedono i requisiti di cui all'art. 2, comma (a) della Legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4, come di seguito specificati:

1. il patrimonio netto sommato al fondo rischi dovrà essere pari o superiore a 1,5 milioni di euro;
2. il rapporto tra la somma di patrimonio e fondi rischi (diminuita delle esposizioni in sofferenza) e il totale delle garanzie in essere (escluse le esposizioni in sofferenza) dovrà essere pari o superiore al 10%;
3. adottino un processo di valutazione e gestione del rischio di garanzia in linea con le migliori pratiche adottate dalle cooperative di garanzia nazionali.

I requisiti di cui ai punti 1 e 2 dovranno essere verificati sulla situazione patrimoniale alla data di chiusura dell'esercizio precedente.

I requisiti di cui ai punti 1 e 2 non valgono per i soggetti di cui all'articolo 4 comma 4 della Legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4.

2. Requisiti dei soggetti beneficiari delle garanzie

Ai fini dell'ammissione alle garanzie erogate a valere sui fondi rischi, i soggetti richiedenti devono possedere, alla data di presentazione della richiesta di garanzia alle cooperative di garanzia, i seguenti requisiti:

1. essere iscritti nel Registro delle Imprese presso la Camera di Commercio, industria, artigianato e agricoltura, competente per territorio; si prescinde da tale iscrizione nel caso di liberi professionisti associati alle cooperative di garanzia;
2. essere una PMI secondo i parametri dimensionali previsti dall'Unione Europea;
3. trovarsi nel pieno e libero esercizio dei propri diritti e non essere in stato di scioglimento o liquidazione o sottoposte a procedure di fallimento o di concordato preventivo, liquidazione coatta amministrativa o volontaria e amministrazione controllata o straordinaria; fatta eccezione per quelle procedure che consentano all'impresa di operare in continuità aziendale;
4. non essere imprese in difficoltà ai sensi dell'art. 1 par. 7 del Regolamento (CE) n. 800/2008 e successive integrazioni e modificazioni;

5. non rientrare tra coloro che hanno ricevuto e, successivamente, non rimborsato o depositato in un conto bloccato, gli aiuti che sono individuati quali illegali o incompatibili dalla Commissione Europea.

3. Contributi ordinari per l'integrazione del fondo rischi e per l'incremento del patrimonio

I contributi sono erogati ai sensi dell'art. 4 comma 1 della Legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4. I contributi sono utilizzati dalle cooperative di garanzia al fine di integrare i fondi rischi costituiti a fronte delle garanzie prestate in modo da mantenere una situazione di equilibrio gestionale caratterizzata dal rispetto di due vincoli fondamentali:

1. dotazione di fondi rischi adeguata rispetto alle perdite su crediti attese dal portafoglio garanzie in essere;
2. dotazione di patrimonio netto adeguata rispetto alla copertura delle perdite inattese sul portafoglio garanzie.

I contributi, assegnabili annualmente alle cooperative di garanzia e destinati all'integrazione dei fondi rischi, sono determinati come somma di due componenti:

1. La prima componente, destinata all'integrazione del fondo rischi è determinata dalle garanzie erogate dalla cooperativa di garanzia nell'esercizio di riferimento, secondo i criteri indicati nell'Allegato 3.1 in base alla tipologia del finanziamento sottostante. Per garanzie erogate si intende il controvalore delle operazioni di garanzia perfezionate nell'esercizio di riferimento, comprendente anche i rinnovi di operazioni di garanzia su finanziamenti a breve termine, al netto del 75% delle diminuzioni delle garanzie intervenute durante l'esercizio. Ai fini della determinazione del suddetto controvalore si considera l'importo iniziale del finanziamento sottostante la garanzia.
2. La seconda componente, intesa ad incentivare il rafforzamento patrimoniale, è determinata in funzione dell'incremento del capitale sociale nell'esercizio di riferimento, secondo il procedimento di calcolo indicato nell'Allegato 3.2.

I contributi sono comunque assegnati entro il limite dello stanziamento sul relativo capitolo del bilancio provinciale. Al fine di consentire alle cooperative di garanzia di sostenere lo sviluppo delle erogazioni nel corso dell'anno, i contributi sono erogati dalla Provincia alle cooperative di garanzia in due rate per esercizio così distinte:

1. acconto relativo all'esercizio in corso, da liquidare entro il primo semestre, calcolato nella misura del 60% dei contributi assegnati per l'esercizio precedente. Nel primo anno di applicazione dei presenti criteri, l'acconto è calcolato su una previsione del volume delle garanzie erogate per l'anno in corso predisposta dalle cooperative di garanzia.
2. conguaglio relativo all'esercizio precedente, da liquidare nel primo semestre dell'anno seguente, dato dalla differenza tra i contributi assegnabili a valere sull'operatività dell'esercizio precedente e gli acconti erogati.

Le domande di contributo vanno presentate all'Ufficio provinciale competente entro il 30 giugno di ogni anno e devono essere corredate dalla seguente documentazione:

a) bilancio d'esercizio della cooperativa di garanzia relativo all'esercizio chiuso al 31 dicembre dell'anno precedente;

b) dichiarazione sottoscritta dal legale rappresentante della Cooperativa di garanzia attestante:

- l'elenco delle garanzie erogate nell'esercizio precedente e la consistenza delle garanzie in essere alla fine dell'esercizio
- l'ammontare complessivo delle quote di capitale sociale sottoscritte dai soci e versate alla fine dell'esercizio precedente, nonché l'ammontare delle nuove quote sottoscritte e versate nell'esercizio precedente;
- l'ammontare delle garanzie escusse, in sofferenza, incagliate o in ristrutturazione;
- aumento-decremento dei soci nell'anno precedente.

Lo stesso fondo rischi potrà essere integrato da altri accantonamenti imputati al conto economico della cooperativa di garanzia.

La Provincia può erogare i contributi al fondo rischi previsti dal comma 1 dell'articolo 4 della legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4 solo quando il rapporto fra garanzie prestate e capitale netto presenti un rapporto superiore a 4. Per le cooperative di garanzia che hanno avviato un percorso di trasformazione in intermediari finanziari iscritti nell'elenco speciale previsto dall'art. 107 del D.lgs. 1 settembre 1993, n.385, recante il Testo unico sulle leggi in materia bancaria e creditizia ("TUB") può essere concesso un contributo anche in presenza di un rapporto inferiore a 4 ma superiore a 3.

4. Regolamentazione del rischio sulle operazioni di garanzia

Le cooperative di garanzia possono utilizzare i fondi rischi alimentati dai contributi per sostenere l'erogazione di garanzie e co-garanzie relative ad operazioni di credito erogate ai propri soci di questi ultimi da istituti di credito convenzionati, sulla base della valutazione del rischio risultante dal metodo adottato.

La percentuale di rischio a carico della cooperativa di garanzia non potrà superare il 50% dell'importo del finanziamento sottostante la garanzia. Tale percentuale di rischio potrà essere innalzata, in deroga al limite sopra indicato, fino ad un massimo pari all'80% dell'importo del finanziamento sottostante la garanzia, a condizione che tali operazioni siano controgarantite o co-garantite dal Fondo centrale di garanzia, da altri fondi di garanzia regionali e/o da altre cooperative di garanzia, nei limiti della rispettiva capienza. Il Consiglio di Amministrazione della cooperativa di garanzia è inoltre autorizzato a superare il limite del 50% e fino ad un massimo dell'80% entro un plafond massimo del 20% dell'ammontare delle garanzie concesse nell'esercizio finanziario precedente, per operazioni indicate nella tabella dell'Allegato 3.1, lettera

A e B. La quota delle garanzie in deroga al limite del 50% deve essere indicata, separatamente per ogni fattispecie, nella nota integrativa al bilancio.

Le cooperative di garanzia sono tenute ad approvare un regolamento interno che disciplini i limiti alla concentrazione dei rischi riferiti a singole imprese.

5. Contributi per il miglioramento organizzativo e dei sistemi informativi e per consulenze

Possono essere concessi contributi ai confidi operanti in Provincia di Bolzano in regime *de minimis*, nella misura massima del 60% per le seguenti voci di spesa :

1. investimenti finalizzati all'acquisizione di nuove piattaforme hardware e software finalizzate alla gestione delle garanzie in linea con le migliori pratiche adottate a livello nazionale;

2. costi di consulenza relativi al miglioramento organizzativo.

Sono esclusi dal finanziamento costi di consulenza alla gestione ordinaria.

La domanda di contributo deve essere presentata all'ufficio competente prima dell'emissione del documento di spesa, ad eccezione del primo anno di attività.

6. Contributi straordinari

6.1 In caso di situazioni di crisi eccezionali che determinino un forte squilibrio tra le esposizioni per garanzie prestate e la dotazione di patrimonio e fondi rischi, la Provincia potrà autorizzare con Deliberazione della Giunta Provinciale contributi straordinari finalizzati al riequilibrio patrimoniale della cooperativa di garanzia, ai sensi del comma 2, art. 4 della Legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4. L'erogazione dei contributi straordinari di cui al presente comma è subordinata all'approvazione da parte della Provincia di un piano di riassetto patrimoniale e organizzativo presentato dalla cooperativa di garanzia beneficiaria. Le risorse erogate a titolo di contributi straordinari dovranno essere contabilizzate in un fondo distinto all'interno dello stato patrimoniale.

In tale fondo affluiscono anche le risorse provinciali destinate alla copertura delle perdite derivanti dalle garanzie prestate in base alle Deliberazioni della Giunta Provinciale denominate "Misure anti-crisi a favore delle cooperative di garanzia", ovvero la Deliberazione della Giunta provinciale n. 882 del 23.03.2009 e la n. 1853 del 13.07.2009. Nel caso venga attuata la possibilità offerta dall'art. 8 della Legge provinciale 19 gennaio 2012, n. 4, il contributo straordinario dalla Provincia non può superare il 50 % delle garanzie anti-crisi in essere al 31.12.2012, al netto dei contributi già erogati ai sensi della Delibera provinciale n. 1643 del 15 giugno 2009, e potrà essere erogato entro il 31.12.2013.

6.2 La Provincia può assegnare alle cooperative di garanzia fidi risorse aggiuntive rispetto a quelle ordinarie previste dall'articolo 3, per iniziative specifiche stabilite dalla Giunta provinciale. Tali risorse possono alimentare fondi con destinazione specifica oppure "fondi cappati" o "fondi per crediti segregati (*tranché cover*)" per la fornitura di garanzie alle banche su portafogli contabilmente segregati con un limite massimo di perdita complessiva sul portafoglio garantito. Le somme

complessivamente corrisposte dalle cooperative di garanzia a favore delle banche a seguito di escussione delle garanzie erogate a valere sul fondo cappato non possono eccedere il *cap*, dato dal limite massimo di perdita contrattualmente fissato.

Le cooperative di garanzie dovranno sottoscrivere con gli istituti di credito apposite convenzioni o accordi specifici. Successivamente alla sottoscrizione della convenzione o accordo, le cooperative di garanzia vincoleranno le somme a favore della banca contraente entro il limite del *cap* contrattualmente fissato, nei tempi e nelle modalità definite tra le parti.

Per le operazioni di garanzia previste dal presente comma si può prescindere dai massimali di rischio previsti nell'articolo 4.

7. Trasparenza delle condizioni applicate alle garanzie

Al fine di consentire il monitoraggio dei benefici trasferiti alle imprese socie delle cooperative di garanzia in termini di tasso effettivo globale sul credito, nel rispetto della normativa sulla trasparenza bancaria e la corretta determinazione dell'elemento di aiuto ai sensi delle regole sugli aiuti di Stato, le cooperative di garanzia dovranno applicare alle garanzie erogate condizioni di prezzo trasparenti che potranno comprendere esclusivamente i seguenti elementi:

1. una commissione di garanzia con liquidazione anticipata *una tantum*, ovvero con liquidazione periodica, commisurata all'importo garantito iniziale, alla tipologia, alla durata ed eventualmente alla classe di rischio dell'operazione;
2. un rimborso spese di istruttoria con applicazione di limiti minimi e massimi;
3. un apporto a capitale sociale mediante sottoscrizione di quote, rimborsabile a fronte di recesso da parte del socio, a condizione che la dotazione patrimoniale sia capiente e adeguata in modo da consentire il recesso.

Non potranno essere addebitate all'impresa socia altre componenti di costo.

ALLEGATI

ALLEGATO 1: Documenti e riferimenti normativi

Regolamento UE de minimis: Regolamento (CE) N. 1998/2006 della Commissione del 15 dicembre 2006 relativo all'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato agli aiuti d'importanza minore («de minimis»)

Comunicazione UE garanzie: Comunicazione della Commissione sull'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti di Stato concessi sotto forma di garanzie (2008/C 155/02), GU 20/06/2008

ALLEGATO 2: Metodo nazionale di calcolo dell'ESL sulle garanzie erogate

I valori dell'ESL (Equivalente Sovvenzione Lorda) per le garanzie erogate dalle cooperative di garanzia sono calcolati tenendo conto dei costi della garanzia, diversi per area d'intervento e dimensione del soggetto beneficiario finale, dei costi amministrativi di gestione della garanzia, della remunerazione del capitale impegnato e dei fattori di rischio (stima del tasso di perdita attesa) differenziati tra operazioni per investimenti e per capitale circolante.

L'ESL è calcolato come differenza tra il costo teorico di mercato di una garanzia con caratteristiche simili concessa su un finanziamento a PMI economicamente e finanziariamente sana e il costo della garanzia applicato dalla cooperativa di garanzia a titolo di commissione. Il calcolo della ESL è effettuato in base al "metodo nazionale" approvato dalla Commissione europea con decisione n. 4505 del 6 luglio 2010, applicato in base alle linee guida stabilite con Decreto del Ministero dello Sviluppo Economico del 28/10/2010. L'aiuto corrispondente è concesso in regime "de minimis".

ALLEGATO 3: Procedimento di calcolo dei contributi ordinari al fondo rischi

3.1 Percentuali di copertura e degli apporti a fondo rischi

La percentuale di contributo spettante alle cooperative di garanzia a titolo di apporto ai fondi rischi ordinario è calcolato sull'importo erogato del finanziamento sottostante la garanzia in base a coefficienti percentuali ottenuti moltiplicando una "quota di copertura standard" per una "quota di fondo rischi". Tali parametri sono stabiliti in misura differenziata per tipologie di finanziamento sottostante nella tabella seguente.

Tipologia di finanziamento	Quota di copertura standard ⁽¹⁾	Quota di fondo rischi massima
A.1) Operazioni ordinarie	50%	20%
A.2) Ristrutturazione del debito		
B) Operazioni di consolidamento di precedenti esposizioni a breve termine o scadute nei confronti della stessa banca erogatrice del finanziamento	30%	20%
C) Altre operazioni di scopo previste nell'articolo 6, comma 2 verranno negoziate con i confidi	-	-

Note:

⁽¹⁾ In ogni caso la quota di copertura applicata ai fini del calcolo del contributo non potrà superare la quota di copertura media ponderata applicata dalla cooperativa di garanzia alle erogazioni di ogni tipologia di finanziamento. Tale quota di copertura media ponderata è determinata come rapporto tra il totale degli importi garantiti e il totale degli importi erogati nel periodo di riferimento nell'ambito di ogni tipologia di finanziamento.

3.2 – Criteri di determinazione dei contributi volti a incentivare il rafforzamento patrimoniale

Il contributo per il rafforzamento patrimoniale è calcolato come somma di due componenti, così determinate:

1. prima componente pari al controvalore delle quote sociali cumulativamente sottoscritte e versate nell'anno al netto del 75% di quelle rimborsate nell'anno;
2. seconda componente pari al prodotto tra un premio unitario di 400 euro moltiplicato per il numero di nuovi soci ammessi nell'anno di riferimento, al netto del 75% dei recessi.